

Schaffhauser Nachrichten

«In einem Anti-Diskriminierungsgesetz eine Diskriminierung verankert»

13. Februar 2020

Fabian Babic



Die Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm bekam ein deutliches Ja. LGBT-Aktivistinnen und -Aktivisten aus der Region sprechen über die Abstimmung und deren Perspektive für die Zukunft.



1 / 2

Am 9. Februar wurde über die Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm abgestimmt.

Vergangenem Sonntag stimmte die Schweizer Stimmbevölkerung über die Ausweitung der Anti-Rassismus-Strafnorm ab. Mit 63.1 Prozent wurde die Vorlage angenommen.

Die Umfragewerte vor dem Abstimmungssonntag sahen für die Befürworter vielversprechend aus, allerdings war für Anna Rosenwasser, Präsidentin der «Lesbenorganisation Schweiz» (LOS), noch nichts in Stein gemeisselt: «Manchmal antworten Leute bei Umfragen so, dass sie als offene und moderne Menschen dastehen – während sie eigentlich konservativ denken. So geschehen bei der Minarett-Initiative. Darum waren wir uns nicht sicher, ob die Abstimmung wirklich so klar positiv ausfallen würde.»

Daniel Flachsmann, Präsident von «Queerdom Schaffhausen», war bis zum Abstimmungstag unsicher, allerdings stimmten ihm die im Vorfeld von «Queerdom» durchgeführten Standaktionen auf dem Fronwagplatz zuversichtlich: «In zahlreichen Gesprächen fühlten wir der Bevölkerung den Puls und nahmen eine breite Zustimmung wahr.»

Schaffhausen sagte schliesslich mit 55.2 Prozent Ja zur Vorlage. Im Vergleich zu den anderen Kantonen nimmt Schaffhausen allerdings nur Platz 17 ein. «Es hat mich nicht völlig überrascht, dass die ländlichen Gemeinden die Vorlage ablehnten», meint Flachsmann.

Schweiz im europäischen Vergleich

Das Schaffhauser Ja an der Urne freut auch die in Flurlingen aufgewachsene Rosenwasser: «Ich erkläre mir das Ergebnis damit, dass die queeren Vereine Schaffhausens - Queerdom und Andersh - gute Arbeit geleistet haben, gemeinsam mit vielen Freiwilligen.» Trotz der deutlichen Zustimmung blickt Rosenwasser kritisch auf die Schweiz. Sie verweist auf eine Studie, welche LGBT-Freundlichkeit europäischer

Länder untersucht - die Schweiz befinde sich dort auf Platz 27 von 49. Rosenwassers Fazit: «Wir sind also auch ausserhalb der Rassismusstrafnorm recht lausig, und haben trotzdem das Gefühl, wir seien modern.» Den Grund dafür sieht die Präsidentin der Lesbianorganisation Schweiz in den starken rechtskonservativen Kräften in der Schweiz.

«Trans-Menschen brauchen Schutz, und dieser Schutz wurde ihnen vom Parlament unter fadenscheinigen Argumenten verwehrt.»

Anna Rosenwasser, Präsidentin «Lesbenorganisation Schweiz»

Auch wenn der vergangene Abstimmungssonntag ein Erfolg für Rosenwasser und Flachsmann war, bedauern sie doch einen «erheblichen Missstand» an der Vorlage: kein Diskriminierungsschutz für Trans- und Intersexuelle Personen. Hierbei spricht Rosenwasser von einer «bewussten Ausgrenzung». Zwar werde die sexuelle Orientierung nun geschützt, nicht aber die Geschlechtsidentität.

Der Vorschlag, die Geschlechtsidentität in die Vorlage einzubeziehen, kam vom Nationalrat und wurde vom Ständerat abgelehnt. Dies konnte Rosenwasser nicht nachvollziehen: «Trans-Menschen brauchen Schutz, und dieser Schutz wurde ihnen vom Parlament unter fadenscheinigen Argumenten verwehrt.» Die «Fadenscheinigkeit» liege hierbei darin, dass der Ständerat den Begriff Geschlechtsidentität als «schwammig» einordne. Laut Rosenwasser unterliege der Ständerat einem Fehlschluss: «Das stimmt schlicht nicht: International ist der Begriff juristisch etabliert.»

«Nach dieser verpassten Chance ist eine erneute Änderung wieder mit viel Aufwand verbunden, den wir jedoch unbedingt auf uns nehmen müssen.»

Daniel Flachsmann, Präsident «Queerdom Schaffhausen»

Flachsmann sieht im Handeln des Ständerats eine «tragische Ironie»: «Indem der Ständerat sich gegen die Geschlechtsidentität in der Vorlage gestellt habe, habe er «in einem Anti-Diskriminierungsgesetz eine Diskriminierung von Trans- und Inter-Menschen verankert».

Den Begriff der Geschlechtsidentität würden immer mehr Staaten in ihrem Strafrecht aufnehmen. «So etwas wäre vergangenen Sonntag mit leicht angepasstem Gesetzestext auch in der Schweiz möglich gewesen. Nach dieser verpassten Chance ist eine erneute Änderung wieder mit viel Aufwand verbunden, den wir jedoch unbedingt auf uns nehmen müssen», sagt Flachsmann.

Blick in die Zukunft

Politischen Handlungsbedarf sehen Flachsmann und Rosenwasser bei der gleichgeschlechtlichen Ehe sowie der Änderung des Geschlechtseintrags. Beide Themen werden im Parlament bereits verhandelt.

Für die Änderung des Geschlechtseintrags gelte es, «die Selbstbestimmung zu garantieren und den unnötigen bürokratischen Aufwand, der heute von den Gerichten betrieben wird, durch ein einfaches Verfahren, das allen leicht zugänglich ist, zu ersetzen.»

Bei der Ehe für alle sei insbesondere die Gleichstellung mit Hetero-Ehen zu erreichen: «Dort ist vor allem wichtig, dass wir die ganze Ehe für alle, also inklusive Absicherung der Familien mit Kindern, wie es auch die Hetero-Ehen haben, kriegen. Alles andere ist eine Partnerschaft plus», so Rosenwasser.